

Die Ernährungsfrage der Städte.

Gestern nachmittags fand im Gemeinderatssitzungsaal des Wiener Rathhauses eine zahlreich besuchte Sitzung des erweiterten Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Gegenstand der Beratung waren ausschließlich Ernährungsfragen. Vor der Ausschusssitzung fand eine Sitzung der Geschäftsleitung statt, in der eine Reihe dringender Fragen besprochen wurde.

Suldigungstelegramm an den Monarchen.

Die Sitzung des erweiterten Ausschusses wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet. Er begrüßte die Städtevertreter und beantragte, nachstehendes Telegramm an den Kaiser abzuschicken:

„Hundertfünfzig deutschösterreichische Städte und Märkte, die im Bund der deutschen Städte Oesterreichs vereint sind und deren Vertreter sich heute zum erstenmal seit dem Regierungsantritt Eurer kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät versammelten, erneuern das Gelübnis un-

Sie danken Eurer Majestät auf das ehrfurchtsvollste für das von edelster Menschlichkeit zeugende Friedensanbot, nach dessen übermühtiger Zurückweisung durch die Feinde wir im Verein mit unseren bewährten Bundesgenossen kämpfen werden bis zum endgültigen Siege. Die deutschen Städte Oesterreichs, seit Kriegsbeginn eifrig bemüht, den ihnen erwachsenen neuen großen Aufgaben und verantwortungsvollen Pflichten gerecht zu werden, werden auch in Zukunft durch Anspannung aller Kräfte in ihrem Wirkungsbereich dazu beitragen, daß wir durchhalten, bis der ehrenvolle Friede für unser Vaterland erkämpft ist.“

Die Versammlung hatte durch Erheben von den Stühlen ihre Zustimmung erteilt.

Die Approvisionierungsschwierigkeiten.

Der Obmann der Geschäftsleitung Reichsratsabgeordneter Kraft erstattete sodann einen Bericht, in dem der Referent daran erinnerte, daß die Geschäftsleitung seit dem letzten Städtetag, der am 28. September 1916 stattfand, vier Sitzungen abgehalten habe, in denen verschiedene laufende Angelegenheiten zur Beratung gelangten. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse hat der Bund bei den Zentralstellen mehrere Aktionen eingeleitet, so unter anderem betreffend die Entschuldigungen unentbehrlicher Gemeindefunktionäre, die Beschaffung von Schutzwerk für die Zivilbevölkerung und die Lösung der Frage des Städtetredits.

Den breitesten Raum sowohl in den Beratungen der Geschäftsleitung, als auch in der Tätigkeit der Bundeskanzlei nahmen die Approvisionierungsfragen in Anspruch. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet bestehen, sind den Bürgermeistern ja am besten bekannt. Diese Schwierigkeiten haben ihren Grund nicht allein in der Knappheit der im Inland vorhandenen Nahrungsmittel, sondern auch darin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und in einer den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden Weise zu verteilen. Die Schaffung des Amtes für Volksernährung begrüßen wir mit Freude und wir hoffen, daß die Ausgestaltung dieses Amtes dadurch, daß dessen Präsident den Rang eines Ministers bekleidet und dem Kaiser unmittelbar Vortrag erstatten kann, gute Früchte zeitigen wird. Aber durch die Verzögerung dieser Maßregel, die der Städtebund und viele andere Faktoren des öffentlichen Lebens schon vor mehr als Jahresfrist forderten, ist viel kostbare Zeit versäumt worden, die Vorräte sind knapper geworden, die Lebensmittelpreise haben infolge des unerlösten Wuchers eine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Höhe erreicht, die Transport-schwierigkeiten sind so groß wie noch nie, kurz, es wird hier ganzer Arbeit bedürfen, um in die Volksernährung jene Ordnung zu bringen, die nötig ist, damit das Durchhalten im Hinterland gesichert sei. Für die Städte ist es im Laufe der Zeit immer schwerer geworden, die Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Gerade in den wichtigsten Nahrungsmitteln ist es ihnen verfaßt, eine selbständige Tätigkeit zu entfalten, und sie sind darauf angewiesen, auf die Zuteilungen seitens der Zentralstellen zu warten. Daß diese Zuteilungen den Bedürfnissen nicht entsprechen, ist eine jedermann bekannte Tatsache. Man braucht nur die Worte Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fett, Zucker, Bier, Milch, Petroleum, Kohle auszusprechen, um sich die endlosen Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, mit denen die städtische Approvisionierung zu kämpfen hat.

Das Projekt der Gründung einer Einkaufsstelle.

Der Städtebund hat im Wege von Entschuldigungen und Vorreden eine Verringerung auf dem Gebiet der Volksernährung angestrebt. In einer der letzten Geschäftsleistungssitzungen hat das Ausschussmitglied Abg. Dr. Preßler über die Reform und Ausgestaltung der Kriegsläden berichtet. Wir sind der Meinung, daß die Städte diese Kriegslädenaktion, die von der Regierung aufgegriffen wurde, nach Kräften fördern sollen.

Die dem Bund belangig gewordenen Bedürfnisse einzelner Städte haben im Laufe der Zeit dazu geführt, daß sozusagen automatisch der Bund begonnen hat, sich mit der Vermittlung von Approvisionierungsartikeln an seine Mitglieder zu beschäftigen. Schon im vorigen Jahre, halb nach Gründung des Bundes, hat Magistratsdirektor Grüner aus Troppau in der Ausschusssitzung den Vorschlag gemacht, eine Einkaufsstelle des Bundes ins Leben zu rufen. Damals hat die Mehrheit mit Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung und ferner mit Rücksicht darauf, daß eine immer größere Anzahl gerade der wichtigsten Lebensmittel in staatliche Bewirtschaftung genommen wurde, die Errichtung einer solchen Einkaufsstelle einer weiteren Zeit vorbehalten zu sollen geglaubt. Es hat sich aber dann doch gezeigt, daß verschiedene Lebensmittel von Wien aus leichter zu beschaffen sind als in einzelnen Provinzen, und daß viele Städte eine Vermittlung in Wien wünschen. Die Geschäftsleitung hat sich daher neuerlich mit dem Plan der Gründung einer Einkaufsstelle beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß nicht eine Einkaufsstelle des Bundes, wohl aber eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs als Genossenschaft m. b. H. gegründet werden soll, die zwar im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bundes, im übrigen aber selbständig zu arbeiten haben wird. Die Einkaufsstelle, die wir gründen wollen, stellt sich zwar im jetzigen Augenblick als ein Stroh der Not dar, sie soll aber in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Städteapprovisionierung werden.

Die Berichte der Städtevertreter.

Bürgermeister Dr. Schnitzler (Brünn) erörtert die einzelnen Punkte der Entschuldigungsbedner betont, daß wir auf die Erzeugung aller notwendigen Bedarfsartikel unser größtes Augenmerk lenken müssen, weil ja die Einfuhr immer schwieriger wird. Weiter wendet sich der Redner gegen die Ausschöpfung der Nahrungsmittel zu Spekulationszwecken und gegen die Pansterei. Betreffend die Preisregelung betont der Redner, daß es notwendig sei, auf das strengste darauf zu achten, daß die Höchstpreise eingehalten und in ein gewisses System gebracht werden. Ein Ins-Auge-fassen des Abbaues der Preise sei schon heute unbedingt notwendig. Was die Ueberleitung von Lebensmitteln an den Verbraucher anlangt, so kommt entweder die Gemeinde unmittelbar in Betracht oder es wird der Großhandel in Anspruch genommen. Redner betont, daß in ersterem Falle gute Erfahrungen gemacht worden sind. Da wäre nun notwendig, daß die Gemeinden die Verteilung entweder selbst vornehmen oder auf diese Verteilung einen Einfluß ausüben können. Was die Doppelverforgung betrifft, so meint Redner, müßte diese unbedingt unmöglich gemacht werden, denn es gehe nicht an, daß Leute sich in den Kriegsläden ihr Essen besorgen und gleichzeitig zum Beispiel die Zeitkarte beziehen. Redner schlägt vor, die Zeitkarten für die Kriegsläden auf längere Zeit auszugeben. Eine weitere wichtige Frage sei die Verbilligung der Meate. Des weiteren bespricht Redner die